

# Corinna Miazgas Wutrede im deutschen Bundestag



Am 18.09.2020 wurde im Bundestag über den Antrag der Bundesregierung bzw. der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD zum „Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa“ debattiert. In diesem Antrag geht es nicht zuletzt um verbesserte Sanktionsmöglichkeiten gegen jene EU-Mitgliedsstaaten, die sich der Merkelschen Asyl- und Migrationspolitik verweigern und auch nicht bereit sind, auf das links-grüne Narrenschiff aufzuspringen, um jeden Unsinn, wie zum Beispiel den unsäglichen Gender-Firlefanz, mitzumachen.

Die AfD-Bundestagsabgeordnete und bayerische Landesvorsitzende Corinna Miazga, die auch Mitglied im Ausschuss für Europäische Angelegenheiten ist, ging in ihrem Debattenbeitrag mit den Antragstellern hart ins Gericht:

„Gerade mit Blick auf die Visegrad-Staaten kann man sich nicht des Eindrucks erwehren, dass sich diese Bundesregierung weniger um die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn kümmert, sondern vielmehr darum, wie man die politische Haltung, insbesondere die Ablehnung der Merkelschen Migrationspolitik, als Verletzung der Rechtsstaatlichkeit erst geschickt framen, dann diffamieren, dann sanktionieren und schließlich mit Streichung der Gelder die Regierungsschefs der osteuropäischen Nachbarländer politisch disziplinieren kann.“

Was die Schärfe und Eloquenz ihrer Reden im deutschen

Bundestag betrifft, ist die bayerische AfD-Landesvorsitzende auf dem besten Weg, das weibliche Pendant zu Gottfried Curio zu werden. Überzeugen Sie sich selbst!